

Wilma Simon ohne Erinnerung

BODENREFORM Der Auftritt der früheren Finanzministerin in Potsdam hinterließ bei Linken und CDU n

Wilma Simon war die erste Zeugin im Untersuchungsausschuss. Doch die Ex-Ministerin trug zur Aufklärung der Bodenreform-Affäre nur wenig bei.

Von Igor Göldner

POTSDAM | Ihre Richterschele begann Wilma Simon mit dem Satz, dass man eigentlich keine Richterschele machen sollte. Doch die Wahl des Bundesgerichtshofs sei „mindestens so sittenwidrig wie das kritisierte Verhalten des Landes“, schimpfte die frühere Finanzministerin in Brandenburg (1995-2000), die gestern als erste Zeugin im Untersuchungsausschuss aussagte. Diese Sprache sei völlig überzogen. „Da darf ich auch mal heftig reagieren“, meinte die 62-Jährige, die in Hamburg lebt und für mehrere soziale Verbände und Vereine ehrenamtlich tätig ist.

Doch weitere klare Worte wie gegen die Richter waren gestern von Wilma Simon nicht zu hören. Sie hatte bereits vor ihrem Auftritt im Potsdamer Landtag keinen Hehl daraus gemacht, dass sie Ausschuss und Befragung für „überflüssig“ hält. Die Aufregung über den damaligen Umgang mit Bodenreform-Land sei unangemessen. Es sei normales Verwaltungshandeln gewesen. In der Landesregierung habe sich niemand sittenwidrig verhalten, betonte sie. Auf Fragen der Abgeordneten, warum das Land juristisch diesen Weg gegangen sei und sich in mehreren Tausend Fällen anstelle unbekannter Erben als Eigentümer von Bodenreformland ins Grundbuch eintragen ließ, sagte sie nur schulterzuckend: „Hinterher ist man immer besonders schlau.“

Das Gericht hatte im Dezember in seinem Urteil Brandenburgs Umgang als „sittenwidrig“ bezeichnet. Damals hatte sich das Land bis zum Ablauf einer Verjährungsfrist am 2. Oktober 2000 in rund 10000 Fällen Bodenreformland an sich selbst übertra-

gen, weil für die Flächen keine Erben gefunden worden waren.

Die Ex-Ministerin gab an, sich persönlich mit der Bodenreform lediglich bei der Erstellung einer Kabinettsvorlage 1996 und einer Rede im Landtag beschäftigt zu haben. „Die Bodenreform stand nicht im Mittelpunkt meiner Tätigkeit als Finanzministerin.“ Mit dem Thema sei die zuständige Abteilung ihres Hauses beschäftigt gewesen. Abteilungsleiter damals wie heute ist Helmut Baesecke, der ebenfalls gestern als Zeuge aussagte. Die Hauspitze sei über das Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof nicht informiert worden, räumte er ein. Baesecke begründete das damit, dass es sich um eine rein rechtliche und keine politische Frage gehandelt habe.

Wilma Simon sagte, dass sie „im Nachhinein“ schon gern mehr von allem gewusst hätte. Als sie zu Einzelheiten über die damaligen Entscheidungen der Landesregierung befragt wurde, sagte sie aber meist: „Da muss ich passen.“ Oder: „Da kann ich mich nicht erinnern.“ Ob sie damals nichts vom aufgewirbelten Staub mit bekam, als das Land bei der Erbensuche „umgepflügt“ wurde, wollte CDU-Ausschussmitglied Dierk Homeyer wissen. „Gottseidank hat mich der Staub nicht erreicht“, erwiderte die einstige SPD-Ministerin.

Unzufrieden und zornig reagierten die Vertreter von Linkspartei und CDU auf den Auftritt der Ministerin. Der Linke-Abgeordnete Christian Görke sagte, die Erinnerungslücken in der Chefetage des Finanzministerium seien besorgniserregend. Die eigentliche Verantwortung sei auf die untergeordnete Fachebene abgewälzt worden. Ähnlich äußerte sich Homeyer. Er sprach von „temporärer Amnesie“. Zurückhaltender reagierte die SPD. Die Abgeordnete Susanne Melior meinte, die Befragung habe nur gezeigt, dass die Bodenreform offensichtlich nicht oberste Priorität im Finanzministerium hatte.



„Da muss ich passen.“ Wilma Simon gestern vor dem Untersuchungsausschuss. FOTO: MAZ/